

Nr. 16/1039

Misstrauensantrag gegen die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Karin Röpke

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Abgeordneten der Fraktionen der SPD und der CDU vom 25. September 2006
(Drucksache 16/1148)

Dieser Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 16/1040

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Prävention von Sexualstraftaten verbessern – Konsequenz besonders gegen Mehrfach- und Wiederholungstäter vorgehen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 6. Juni 2006
(Drucksache 16/1035)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2006
(Drucksache 16/1150)

2. Kinder und Jugendliche mit Tourette-Syndrom im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 20. Juli 2006
(Drucksache 16/1085)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. September 2006
(Drucksache 16/1144)

Nr. 16/1041

Neunter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Neunter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 4. Juli 2006
(Drucksache 16/1066)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den neunten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 16/1042

Masterplan für die Kulturentwicklung Bremens 2006 bis 2011

Mitteilung des Senats vom 18. Juli 2006
(Drucksache 16/1082)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1043

Grünbuch/Green Paper der EU-Kommission „Die künftige Meerespolitik der EU: Eine europäische Vision für Ozeane und Meere“

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Juli 2006
(Drucksache 16/1084)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. September 2006

(Drucksache 16/1127)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1044

Die künftige Meerespolitik der EU – Auswirkungen des Grünbuchs auf Bremen und Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 12. September 2006
(Drucksache 16/1135)

1. Der Senat wird gebeten darzulegen, welche Bedeutung er dem von der EU-Kommission vorgelegten Grünbuch zur Meerespolitik insbesondere für das Land Bremen beimisst. Dabei möge er darüber informieren,
 - a) wie sich das Land Bremen bisher in den Entstehungsprozess des Grünbuchs eingebracht hat und
 - b) welche Chancen und Risiken sich für das Land Bremen aus heutiger Sicht abzeichnen.
2. Der Senat möge erläutern, wie er sich an dem europaweiten Konsultationsprozess beteiligt, um die spezifischen Interessen des maritimen Standortes des Landes Bremen angemessen in den Schlussfolgerungen der EU-Kommission zu verankern. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch, welche Rolle dabei die Zusammenarbeit mit den norddeutschen Küstenländern zur Wahrung gemeinsamer Interessen spielt.
3. Der Senat wird gebeten darzulegen, welche für den maritimen Standort Bremen/Bremerhaven besonders bedeutsamen Schwerpunkte er im Grünbuch sieht und wie er diesen bei der Formulierung der Positionen angemessene Berücksichtigung verschaffen will.
4. Der Senat wird aufgefordert, sich bei seiner Einflussnahme im Konsultationsprozess so einzubringen, dass die für das Land Bremen zentralen Wirtschafts- und Arbeitsbereiche Häfen und Logistik sowie Entwicklungsmöglichkeiten in den maritimen Wissenschafts- und Technologieneinrichtungen besonders berücksichtigt werden. Dabei ist herauszustellen, dass Bremen sich als unabdingbare Voraussetzung für die dauerhafte Nutzung der Meere für eine nachhaltige Bewirtschaftung und ein hohes Schutzniveau der Meeresumwelt einsetzt.
5. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) den erbetenen Bericht rechtzeitig vor der Bürgerschaftssitzung im Dezember 2006 vorzulegen und das Parlament anschließend regelmäßig über den Fortgang des Konsultationsprozesses zu informieren.

Nr. 16/1045

Kinderarmut im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 31. Juli 2006
(Drucksache 16/1092)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. September 2006

(Drucksache 16/1146)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1046

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Schädigungen der kommunalen Krankenhäuser durch Entscheidungen von Geschäftsführern und durch mangelnde Steuerung und Kontrollversagen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Abgeordneten der Fraktionen der SPD und der CDU vom 4. Oktober 2006
(Drucksache 16/1154)

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen aus sechs Mitgliedern und sechs stellvertretenden Mitgliedern bestehenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein mit dem Auftrag, im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Landes zu untersuchen, ob und inwieweit mangelnde Steuerung und Kontrolle der Holding der Gesundheit-Nord und des Krankenhauses Bremen-Ost mutmaßliche Bereicherung und Fehlentscheidungen der Geschäftsführer ermöglicht hat und lange unentdeckt ließ. Über das Ergebnis der Untersuchungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ist der Bürgerschaft (Landtag) Bericht zu erstatten.

Der Untersuchungsauftrag erstreckt sich auf:

- die politisch administrative Verantwortung des Senats, insbesondere des Senators für Arbeit, Gesundheit, Frauen, Jugend und Soziales und des Senators für Finanzen sowie der nachgeordneten Dienststellen;
- die Wahrnehmung der Steuerungs- und Kontrollfunktion durch die gesellschaftsrechtlich verantwortlichen Aufsichtsräte und Geschäftsführungen;
- mutmaßliche Selbstbegünstigung Dritter und der Geschäftsführer der Holding und des Krankenhauses Bremen-Ost, fachlich unbegründbare Fehlentscheidungen und dadurch entstandene Schäden für die kommunalen Krankenhäuser;
- das Verwaltungshandeln, mit dem die politische Steuerung und Kontrolle der kommunalen Krankenhäuser vollzogen wurde, inklusive der Erarbeitung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen und -prognosen;
- Beiträge des Ressorts und Sonderermittlers zur Aufklärung der Vorgänge;
- Konsequenzen aus dem untersuchten Vorhaben, insbesondere mit Aussagen über Verbesserung der Steuerung und Kontrolle der Krankenhäuser und Struktur der Holding.

Dabei sollen insbesondere folgende Sachverhalte untersucht werden:

- Zustandekommen der Personalentscheidungen für die beiden Geschäftsführer der Gesundheit-Nord und des Krankenhauses Bremen-Ost;
- mutmaßliche Bereicherung der Geschäftsführer und Schadensumfang;
- Auswirkungen auf Patienten und Patientinnen des Krankenhauses Bremen-Ost im Zusammenhang mit den Verlegungen in die Siekertal-Klinik;
- Absprachen mit Krankenkassen, ihr Zustandekommen, folgende rechtliche Bindungen und damit in Zusammenhang stehende Aufgaben der Aufsicht über die Krankenkassen des Senators für Gesundheit;
- mutmaßliches Versagen von Kontrollsystemen trotz zahlreicher Hinweise;
- innerbetriebliche Abläufe in der Holding und im Krankenhaus Bremen-Ost, die ein frühzeitiges Entdecken erschwert haben;
- Verwaltungsanweisungen und Verträge der senatorischen Behörde gegenüber den Kliniken und der Holding sowie die Notwendigkeit ihrer Veränderung;
- Funktionieren der Abteilung Beteiligungsmanagement beim Senator für Finanzen in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand;
- Verwaltungsverfahren zur Kontrolle betrieblicher Daten der Krankenhäuser.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Schädigungen der kommunalen Krankenhäuser durch Entscheidungen von Geschäftsführern und durch mangelnde Steuerung und Kontrollversagen:

Mitglieder	Stellvertreter/-innen
Grotheer, Wolfgang (SPD)	Ehmke, Thomas (SPD)
Marken, Marlies (SPD)	Peters-Rehwinkel, Insa (SPD)
Dr. Schuster, Joachim (SPD)	Tschöpe, Björn (SPD)
Focke, Dieter (CDU)	Ahrens, Sandra (CDU)
Rohmeyer, Class (CDU)	Winther, Sibylle (CDU)
Linnert, Karoline (Bündnis 90/Die Grünen)	Köhler, Jan (Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete Karoline Linnert zur Vorsitzenden und den Abgeordneten Wolfgang Grotheer zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

Nr. 16/1047

Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände – 2. Versuch

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 31. Juli 2006
(Drucksache 16/1093)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 16/1048

Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (DVU)
vom 15. August 2006
(Drucksache 16/1104)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/1049

Endgültige Absage an zwangsweisen Brechmitteleinsatz

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. August 2006
(Drucksache 16/1106)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/1050

Nutzung von Geoinformationen im Land Bremen

Mitteilung des Senats vom 22. August 2006
(Drucksache 16/1110)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1051

Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes

Mitteilung des Senats vom 19. September 2006
(Drucksache 16/1143)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 16/1052

Gesetz zur Änderung der Gesetze über die Errichtung eines Sondervermögens Fischereihafen und des Sondervermögens Gewerbeflächen des Landes Bremen

Mitteilung des Senats vom 26. September 2006
(Drucksache 16/1149)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 16/1053

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 48 vom 26. September 2006

(Drucksache 16/1151)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/1054

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 49 vom 5. Oktober 2006

(Drucksache 16/1155)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/1055

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Überschuldung privater Haushalte und Insolvenzverfahren
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 21. Juli 2006
(Drucksache 16/1088)
2. Methadon-Substitution in der JVA Bremen und die Nachsorge nach der Haftentlassung
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 24. Juli 2006
(Drucksache 16/1090)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. September 2006
(Drucksache 16/1145)

3. Sachstand zur Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche im Lande Bremen in Kindergarten und Schule
Mitteilung des Senats vom 1. August 2006
(Drucksache 16/1094)
4. Aktionsplan kinderfreundliches Deutschland im Land Bremen umsetzen!
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. Februar 2005
(Drucksache 16/551)
5. Handlungsfelder für ein kindergerechtes Deutschland
Mitteilung des Senats vom 22. August 2006
(Drucksache 16/1109)
6. A. Bericht über „Entbürokratisierung und Modernisierung der Verwaltung sowie Abbau von Regelungen“
B. Zweites Gesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts
Mitteilung des Senats vom 5. September 2006
(Drucksache 16/1122)
1. Lesung
2. Lesung
7. Gesetz zur Änderung des Vergnügungssteuergesetzes
Mitteilung des Senats vom 23. Mai 2006
(Drucksache 16/1021)
2. Lesung

D a z u
Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 11. September 2006
(Drucksache 16/1131)
8. Gesetz zur Änderung des Vergnügungssteuergesetzes
Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 12. September 2006
(Drucksache 16/1137)
9. Keine Rundfunkgebühren auf Internet-PC und Handy
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. September 2006
(Drucksache 16/1133)
10. Bremer Familienhebammen stärken!
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. September 2006
(Drucksache 16/1119)
11. Bremisches Studienkontengesetz außer Kraft setzen und neue Wege in der Hochschulfinanzierung gehen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. September 2006
(Drucksache 16/1132)
12. Datenschutz für ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher verbessern!
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 15. September 2006
(Drucksache 16/1141)
13. „Schwitzen statt Sitzen“
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 18. September 2006
(Drucksache 16/1142)

14. 3. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“
Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2006
(Drucksache 16/1062)

15. 3. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“
Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau
vom 20. September 2006
(Drucksache 16/1147)

